

Geschichte und Perspektiven der Solidaritätsbewegung in der BRD

Wer in den Selbstannoncierungen entwicklungspolitischer Organisationen, gleich ob Regierungs- oder Nichtregierungsorganisation, blättert oder surft, wird rasch feststellen: Sie alle sehen ihre Handlungsfelder, Strategien und Maßnahmen in den Dimensionen von globaler Solidarität. Der Anspruch verbindet sich mit sehr unterschiedlichen Argumentationsfiguren. In den Begründungen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit stehen Solidarität und die Geltendmachung eigener Interessen, zunehmend als Sicherheitsvorsorge in Zeiten bedrohlich werdender Armut definiert, scheinbar spannungsfrei nebeneinander. Ein Großteil der Kirchen wirbt um Mit-Leiden mit den Armen und fordert radikale ökonomische und politische Umstrukturierungen ein, deren »Ziel eine universalisierbare Wirtschafts- und Lebensweise als Grundlage für ein solidarisches Zusammenleben aller Menschen sein muss« (Müller, Wallacher 2001: 10, auch: Deutsche Bischofskonferenz 2000). Globale Gerechtigkeit steht auch im Zentrum der aus ethisch-humanistischer Perspektive erhobenen Forderung nach einem »gerechtigkeitsfähigem Wohlstand« (z. B. Wuppertal Institut 2005). Hilfe beim Aufbau von zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Ländern des Südens und Ostens gilt als Akt der Solidarität (z. B. Frantz u. a. 2004) ebenso wie das Einwerben und Geben von Spenden für Katastrophenhilfe (z. B. www.diakonie.de).

Der Begriff Solidarität, das wird deutlich, ist ein begehrtes symbolisches Gut und streut sehr weit. Er lässt sich in zwei wesentliche inhaltliche Definitionen bündeln:

Solidarität miteinander auf der Basis wesentlicher gemeinsamer Merkmale und Interessen (z. B. Frauenbewegung, ArbeiterInnenbewegung) und

Solidarität mit anderen als individuelle, auf der Grundlage von Werten und als Teil des persönlichen Lebensentwurfs getroffener Entscheidung (z. B. Dritte-Welt-Bewegung; Köbller, Melber 2002: 25 ff.).

Im Folgenden wird nicht die auf gemeinsamen Lebenslagen beruhende Solidarität diskutiert. Noch sollen bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit auf den Wahrheitsgehalt der von ihnen in Anspruch genommenen Solidarität überprüft werden. Es wird vielmehr um zivilgesellschaftliche Akteure gehen, die sich in der BRD im Bereich dessen, was wir im weitesten Sinne Entwicklungszusammenarbeit nennen, unter das Banner von Solidarität stellen. Dabei ist zu präzisieren: der alten BRD. Die staatlich verordnete, kontrollierte und kanalisierte Solidarität in der vormaligen DDR ging weitgehend sehr andere Wege, die hier ebenfalls nicht verfolgt werden.

Zivilgesellschaftliche Akteure sind in den letzten Jahren relativ umfassend be-
forscht worden. Aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit hingegen lie-
gen zumindest im deutschsprachigen Raum noch sehr wenige Studien vor. Dabei
handelt es sich überwiegend um phänomenologische Typisierungen, sektorspezifi-
sche historische Abrisse und politologische Funktionsbestimmungen. Des Weiteren
existieren Analysen spezifischer Kampagnen, wie z. B. die Jubilee-Entschuldungs-
Kampagne, und Problemlagen, wie z. B. die Beziehung zwischen NRO aus dem
Süden und dem Norden oder die Zusammenarbeit mit dem Militär in Nothilfe und
post-Konfliktsituationen. Theoretisierungen sind bislang nur in ersten Ansätzen
geleistet worden (vgl. v. a. Köbler, Melber 1993; 2002).

In diesem Beitrag sollen drei Phasen von sozialen Bewegungen nachgezeich-
net werden, die ihre politische Identität im Kontext des Nord-Süd-Verhältnisses
verorteten und sich als Ausdruck von Solidarität verstehen:

1. Solidaritätsbewegung,
2. Dritte-Welt-Bewegung,
3. Globalisierungskritik.

Sie lassen sich weder zeitlich noch vom Typus her trennscharf voneinander ab-
grenzen, markieren gleichwohl ein je spezifisches Selbstverständnis und Hand-
lungsprofil. Die entwicklungsstrategischen Orientierungen, auch das soll kurz
skizziert werden, stehen in engem Zusammenhang mit innenpolitischen und inter-
nationalen Konstellationen, deren Deutung die Neigung zu bestimmten entwick-
lungstheoretischen Ansätzen stark beeinflusst.

Solidaritätsbewegung

Die frühe Solidaritätsbewegung bezog sich ganz auf die kolonialen Befreiungsbe-
wegungen. Auf dem Hintergrund der von der Adenauer-Republik forcierten
deutsch-französischen Freundschaft spielte dabei insbesondere der algerische Be-
freiungskrieg eine große Rolle. Der solidarische Impuls war zu dem Zeitpunkt
noch nicht organisationskonstituierend. Vielmehr trug er zur Politisierung und
Fraktionsbildung innerhalb bestehender Organisationen wie z. B. der Natur-
freunde-Jugend, den Falken (Jugendgruppe der SPD), der SPD selbst, den Ge-
werkschaften, der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) bei. Sie alle teilten
die moralische Empörung über den »schmutzigen Krieg« (Balsen, Rössel 1986:
64 ff.) Frankreichs in Algerien mit seinen massiven Menschenrechtsverletzungen
und unterstützten die Front de Liberation Nationale (FLN), die algerische Befrei-
ungsbewegung.

Der Protest gegen den Krieg in Vietnam fiel dann schon in den Beginn der Stu-
dentenbewegung und wurde unmittelbarer Bestandteil von ihr. Er erfasste eine Ju-
gend, die sich gegen die Aufrüstung der BRD und die Eingliederung in die NATO
wehrte und deren Bild der USA, vom Mit-Befreier vom Faschismus, sich ange-

sichts des gegen eine ganze Bevölkerung geführten Napalmkrieges rapide verdunkelte. Die mit der sog. Dominotheorie – mit Süd-Vietnam wird ganz Südostasien in kommunistische Hände fallen – begründete militärische Ablösung Frankreichs seitens der USA und das immer bedenkenlosere militärische Vorgehen wurde nun aus der Perspektive von Imperialismuskritik analysiert und in eine Verbindung zu innenpolitischer Kritik gestellt. Die StudentInnen verstanden sich als politischer Akteur sui generis und forderten ein politisches Mandat für die studentischen Vertretungen im Besonderen und die Universitäten im Allgemeinen.

In den abschließenden Worten Herbert Marcuses bei dem Vietnamkongress in Frankfurt/Main 1966 wird dieser Zusammenhang sehr deutlich, auch, wie stark er von einem moralischen Impuls getragen war.

»Man fragt immer noch, ob die Universität etwas mit Politik zu tun haben soll. [...] Aber sicher hat Ethik einen legitimen Platz an der Universität. [...] Es gibt keine Notwendigkeit, weder strategisch, noch technisch, noch national, die rechtfertigen könnte, was in Vietnam geschieht [...] das ist Schuld und dagegen müssen wir protestieren, selbst wenn wir glauben, dass es hoffnungslos ist, einfach um als Menschen überleben zu können und vielleicht für andere doch noch ein menschenwürdiges Dasein möglich zu machen« (zitiert nach Weckel, Ramming 1997: 14).

Der Vietnamkongress in West-Berlin im Februar 1968 mit ca. 5 000 TeilnehmerInnen stellte sich dann ganz bewusst in den Kontext weltweiter revolutionärer Kämpfe in den Ländern des Südens – »schafft zwei, drei, viele Vietnam!« – und in den Hochburgen des Imperialismus in Westeuropa. Rudi Dutschke begann seine Rede mit den folgenden Worten: »Jede radikale Opposition gegen das bestehende System, das uns mit allen Mitteln daran hindern will, Verhältnisse einzuführen, unter denen die Menschen ein schöpferisches Leben ohne Krieg, Hunger und repressive Arbeit führen können, muss notwendigerweise global sein« (zitiert nach Görlich 2002: 172).

Der schöne Satz Che Guevaras »Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker« stand ohne Widerspruchsempfinden neben der Identifikation mit »emanzipativer Gewalt« und der Unterstützung des bewaffneten Kampfes. Vielmehr galt die materielle und finanzielle Förderung des militärischen Kampfes von Befreiungsbewegungen als wesentlicher Teil internationaler Solidarität. Die Berliner Tageszeitung rief die Spendenaktion »Waffen für El Salvador« ins Leben und weitete die Aktion auf den Kampf der sandinistischen Bewegung in Nicaragua aus. Die Tupamaros in Uruguay und die brasilianische Stadtguerilla wurden zu Vorbildern militanter Aktionen und Organisationen der allerdings zunehmend zerstrittenen Studentenbewegung. »Sieg im Volkskrieg« lautete ein beliebter Slogan.

Die Solidarität mit Chile nach dem Putsch von 1973 hingegen äußerte sich, v. a. im universitären Milieu, vorwiegend in unterschiedlichen Formen von ziviler Großzügigkeit, der Aufnahme von EmigrantInnen und in allgemeiner Öffentlichkeitsarbeit. Mit der Zeit entstanden mit Unterstützung aus vielen gesellschaftlichen Kreisen länder- oder regionspezifische Bewegungen. Sie gründeten Infor-

mationszentren, wie z. B. das Forschungs- und Dokumentationszentrum Lateinamerika (FDCL) Berlin, die ihrerseits, v. a. in Universitätsstädten, zu Zentren der organisierten Solidaritätsbewegung heranwuchsen.

Der andere wesentliche Bezugspunkt von internationaler Solidarität lag in Afrika. Da war zum einen der Kampf von Befreiungsbewegungen z. B. in Zimbabwe, Angola und Mosambik. Die Beteiligung deutschen Kapitals an Modernisierungsprojekten, welche die Interessen der breiten Bevölkerung weitgehend außer Acht ließen, wie im Fall von Siemens beim Bau des Staudamms von Carbora Bassa, wurde zum Gegenstand fundiert angelegter Informationskampagnen und öffentlichen Protests. Vor allem der Kampf gegen die Apartheid in Südafrika – auch dort wurde die Beteiligung deutscher Firmen (Volkswagen, Mercedes) skandalisiert – trug erheblich zur Verbreiterung der sozialen Basis und der Aktionsformen von Solidarität bei. Der Protest ging bis weit in die Amtskirchen hinein. Der protestantische Weltkirchenrat erklärte »Apartheid ist Sünde«, evangelische Frauengruppen riefen zum Früchteboycott auf. Der evangelische Kirchentag entwickelte sich zum Forum der Solidaritätsbewegungen. Angebunden an kirchliche Orte entstanden Dritte-Welt-Läden, die den Verkauf ihrer Produkte mit Informationen verknüpften und so den Gedanken des politischen Konsums einführten. Erstmals wurde ein aktiver Bezug zwischen dem Alltagshandeln im Norden und Lebensweisen und Chancen im Süden hergestellt. Es wurden aber auch Gelder für die Unterstützung von ANC und SWAPO gesammelt, und dies in voller Kenntnis der Tatsache, dass diese Mittel auch in die Beschaffung von Waffen flossen. Insbesondere nach dem Aufstand in Soweto von 1976 entzündete sich eine breite moralisch-ethische und politische Debatte über Apartheid, verbunden nun auch mit der Diskussion der Frage, welche politischen Kräfte zu unterstützen seien.

Durch welche Motivlage war die Solidaritätsbewegung charakterisiert? Wie das Marcuse-Zitat deutlich macht, war hier Sensibilität für einen Schuldzusammenhang am Werk, die sich von Faschismuskritik zu Kapitalismus- und Imperialismuskritik fortentwickelte. »Kapitalismus führt zum Faschismus – Kapitalismus muss weg!« skandierten die StudentInnen zum Takt ihres Laufschriffs bei Demonstrationen. Verletzter Gerechtigkeitsinn, Empörung und moralische Entrüstung bildeten eine noch diffuse Menschenrechtsargumentation heraus. Die stand relativ unvermittelt neben der Identifikation mit den kolonialen Befreiungsbewegungen und ihren mit bewaffneter Gewalt ausgetragenen Kämpfen. Neben Spendensammlung war Öffentlichkeitsarbeit im Dienste der Bewusstseinsbildung über Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten und Verantwortungszusammenhänge die vorrangige Handlungsform. Persönlichen Kontakten, Einladungen und Besuchen im Land kam eine relativ große Bedeutung zu. Es entwickelte sich eine Fülle kleinteiliger Städte-, Kiez-, Schul- und Kirchengemeindeparterschaften, die von Aufbau-Hilfen und längerfristigen Patenschaften zunehmend zu regulärer Projektförderung übergingen.

Der primäre Funktionsmodus von Solidarität war Identifikation. Zwar verschmolzen die Horizonte der Hoffnung auf Veränderung in Süden und Norden –

in den Worten Rudi Dutschkes »mittels Weltrevolution die freie Gesellschaft freier Individuen erlangen« (zitiert nach Köbler, Melber 2002: 53) –, aber der Vorsprung an Kampf und Aktion seitens der Befreiungsbewegungen im Süden schien einen inhaltlichen und strategischen Austausch auszuschließen und lediglich fraglose Unterstützung zuzulassen. Vorstellungen über die gesellschaftliche Gestaltung nach dem – vorrangig staatlichen – Projekt kolonialer Befreiung wurden weder diskutiert noch erfragt. Die Befreiungsbewegungen erfuhren Unterstützung in den von ihnen vorgegebenen Zielen. Kritische Solidarität war nicht Teil des Selbstentwurfs. Eine blockierte und zensierte Wahrnehmung übersah Repression und Menschenrechtsverletzungen. Es dominierte »stiller Glaube vor kritischer Analyse« (Duffield 2001: 33), ein Glaube ohne eigene Maßstäbe und daraus erwachsender kritischer Auseinandersetzung mit den Zielsetzungen, Strategien und Handlungsweisen der Befreiungsbewegungen. Von der Faktenlage her durchaus berechtigte Anklagen von politisch konservativer Seite wurden auf dem Hintergrund des Kalten Krieges in Vasallentreue abgewehrt. Diese Haltung war begünstigt durch die Tatsache, dass die – bewunderten, auch romantisierten – Gewährsleute vor Ort die wesentliche Informationsquelle ausmachten.

Das Beschweigen der inhaltlichen Basis von Solidarität wurde spätestens dann unhaltbar, als Befreiungsbewegungen an die Macht gelangten. Nun erwies sich: das nachkoloniale Projekt war durchaus nicht immer eine radikal neue, solidarisch strukturierte Gesellschaft. Einschüchterung und Repression großer Bevölkerungsgruppen, zentralistische Strukturen, eine durch deren geschickte Stipendienpolitik geförderte blinde Orientierung an Sowjetunion oder DDR, Fraktionskämpfe innerhalb der Befreiungsbewegung, eine isoliert lebende Funktionärskaste, Selbstbereicherung, machistischer Personenkult (Martin 2006) waren nicht mehr zu übersehen. Die alten Gesprächspartner, jetzt in Regierungsfunktionen, waren oft kaum mehr erreichbar. Es wurde unklar, wem Solidarität zu gelten hat, der Befreiungsbewegung, die jetzt Regierungsgewalt ausübt, der herrschenden Partei, den Prinzipien, für die sie eigentlich eintreten sollte oder den Menschen, die unter Kolonialismus und vorangegangenen Diktaturen gelitten und sich am Kampf beteiligt hatten. Oft wurde der Konflikt einfach durch Abwendung gelöst. Das fiel umso leichter, als die Solidaritätsbewegung meist kein Verhältnis zu nationalen und lokalen Kulturen entwickelt hatte. In Frankfurt/Main hatten sich 1975 Linke und Feministinnen zu Walpurgisnacht und Tanz in den 1. Mai zusammengefunden und feierten gemeinsam in der Frankfurter Oper. Als in das Fest hinein die Nachricht vom Einmarsch der siegreichen Truppen Hanois in Saigon verkündet wurde, sang die freudig bewegte Menge »Venceremos«, das Wahlkampflied der Unidad Popular Chiles. Die sehr wenigen anwesenden Vietnamesen standen einsam am Rand; einer von ihnen weinte.

Mit der Machtübernahme der vormaligen Befreiungsbewegungen waren also grundsätzliche Fragen an internationale Solidarität aufgeworfen. Eine Neubestimmung dessen, was solidarische Parteinahme heißen kann und muss, war erforder-

lich und v. a. auch das Erarbeiten eigener Maßstäbe. Das Eintreten für nationale Selbstbestimmung war nicht mehr ausreichend. Um glaubwürdig zu bleiben, musste der Solidaritätsbegriff inhaltlich neu gefüllt und mussten eigene politische und gesellschaftliche Positionen erarbeitet werden.

Dritte-Welt-Bewegung

Der Übergang von der Solidaritätsbewegung zur Dritte-Welt-Bewegung, inhaltlich aus der Krise der Solidaritätsbewegung erwachsen, war ein zeitlich und organisatorisch fließender. Nach und nach konsolidierten sich eigene Handlungsfelder, Themenbündelungen und Kampagnen schälten sich heraus, die Öffentlichkeitsarbeit wurde fachlich fundierter und zunehmend mit der Herstellung von Aktionsbündnissen verbunden. 1977 gründete sich der Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) als zugleich Forum und sozialer Akteur von Solidaritätspolitik. In Auseinandersetzung mit entwicklungstheoretischen und strategischen Theorien wurden eigene Maßstäbe erarbeitet und dabei vorsichtige Konkretisierungen eines menschenrechtlichen Rahmens formuliert. Ermutigung erfuhr der Prozess des Neuentwurfs von den Kirchen. Bis vor wenigen Jahren wurde der BUKO durch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) gefördert, deren Kammer Entwicklungspolitik ihrerseits die in den 70er und v. a. in den 80er Jahren verfolgten Entwicklungsstrategien kritisch begleitete. Enzykliken und Grundsatzpapiere der katholischen Kirche plädierten emphatisch für einen Nord-Süd-Ausgleich (Gabriel u. a. 1995: 19 ff.). 1980 bekannte sich die neu gegründete Zeitschrift »Peripherie« dezidiert zu kritischer Solidarität. Sie wurde ein wichtiges Forum für die anstehenden Klärungsprozesse.

Neu an den Dritte-Welt-Gruppen war:

- Sie verstanden sich dezidiert als Teil von Zivilgesellschaft und neuen sozialen Bewegungen und wurden auch so wahrgenommen. In diesem Verständnis richteten sie sich im Wesentlichen und nun auch konzeptionell untermauert an zivilgesellschaftliche Gruppen in Ländern des Südens.
- Sie konzentrierten sich in der Regel auf einen Ansatzpunkt, z. B. fairer Handel, ein Land oder eine Region, ein spezifisches Projekt.
- Sie knüpften über themenorientierte internationale Kampagnen in wachsendem Maße internationale Kontakte und verstetigten sie in Netzwerken.
- Sie entwickelten zunehmend professionalisierte Verfahrensweisen und Organisationskulturen und bewegten sich fort von einer Politik der Straße hin zu Lobbystrategien.
- Die Organisationsformen veränderten sich, kleine Arbeitseinheiten mit auch bezahlten Stellen wurden eingerichtet, Vereine gegründet, Gemeinnützigkeit angestrebt (Weckel, Ramminger 1997: 13 ff.).

Innerhalb der Dritte-Welt-Bewegung wurden erste Ansätze zu einer Kritik der Modernisierungstheorie und der Rezeption von post-kolonialen und *post-development*-Theorien entwickelt. Die Neu-Orientierung fand in Anlehnung an die *dependencia*-Theorie mit Grobkonzepten von unterschiedlichen, oft noch diffusen Schwerpunktsetzungen statt. In der Diskussion waren Ansätze von *self reliance*, »alternativer Entwicklung«, *people-centered* oder auch *eco-development*, »frauenfreundlicher Entwicklung« (Nederveen Pieterse 2001: 73 ff.). Immer wurden innengeleitete und gesteuerte Entwicklung und Emanzipation miteinander gedacht. Selbsthilfe, verstanden als die Organisation von Autonomie und Widerstand, Partizipation und Einbezug lokalen Wissens waren zentral. In der Perspektive von Empowerment wurden partizipative Verfahrensweisen entwickelt, die dann Mitte der 1980er Jahre als Sozialtechniken in die neoliberal strukturierte staatliche Entwicklungszusammenarbeit Eingang fanden.

Dritte-Welt-Gruppen verstanden sich mehrheitlich als soziale und politische Akteure, die Solidarität mobilisieren und in Projekten selber praktizieren. Insgesamt aber bildete sich kein konsistentes entwicklungspolitisches Paradigma heraus. Vielmehr herrschte ein normatives Wunschbündel von »anders« und »gerechter« mit eher diffusen Vorstellungen sozialer Transformation vor. Eine systematische Zusammenarbeit gesellschaftlicher Gruppierungen wie Gewerkschaften, Umwelt-, Frauengruppen, die sich mit weitgehend getrennt gedachten Bereichen befassten, gab es noch kaum.

Als Ulrich Menzel 1992 mit dem Büchlein »Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der Großen Theorie« seine große Beschimpfung von Solidaritäts- und Dritte-Welt-Bewegung publizierte, war die Krise des Solidaritätsgedankens und seiner bisherigen Realisierung in aller Munde. Bislang hatten, in welcher Ausprägung auch immer, Entwicklungsökonomie und Entwicklungssoziologie in den Entwicklungsländern einen spezifischen Fall gesehen, für den eigene theoretische und strategische Parameter gelten (Nederveen Pieterse 2001: 41 f.). Mit der nach 1989 an Dynamik gewinnenden weltweiten Durchsetzung neoliberaler Politik und konzerngesteuerter Globalisierung verlor die klassische Drittweltarbeit den spezifischen Gegenstand »Entwicklungsland«.

Jetzt kamen die Krisenimpulse von zwei Seiten:

Auf der einen Seite stellten, im Wesentlichen auf intellektueller Ebene, *post-developmental*istische Ansätze die Modernisierungsziele, die sowohl in der Modernisierungs- als auch in der *dependencia*-Theorie zum Tragen kamen, in Frage (Sachs 1992, Escobar 1995).

Auf der anderen Seite erlebte die Modernisierungstheorie, nun ohne praktisch ernst zu nehmendes Gegenmodell, nach 1989 in neoliberaler Theorie und Politik eine weltweite Renaissance.

Der Staat, vormals Raum und wesentlicher Akteur von Entwicklung, wurde nun durch Auflagenpolitik mittels Deregulierung und Liberalisierung entmächtigt und seiner Potenziale der kollektiven Daseinsvorsorge weitgehend beraubt. Ein

entwicklungspolitischer Sonderfall galt nicht mehr als gegeben. Die strategische Vorgabe lautete »one size fits all«, die entwicklungspolitische Aufgabe, die Entwicklungsländer »fit für die Globalisierung« zu machen, theoretischer ausgedrückt, ihre systemische Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen. Armutsbekämpfung trat an die Stelle von sozialer Entwicklung.

Menzels Selbstabmeldung alternativer Theorie war ein Symptom für die große Verunsicherung über Adressaten und PartnerInnen von Solidarität, zu unterstützende Orientierungen, die Reichweite politischen Handelns vor Ort überhaupt. Das Ende des Kalten Krieges setzte neue Rahmenbedingungen. Politische Regime, insbesondere Entwicklungsdiktaturen, wurden neu bewertet. Die Hegemonie der Neo-Klassik und das Einbiegen, sei es unter Druck, Anreizen oder Resignation, der meisten Entwicklungsländer in den neoliberalen Mainstream, teilweise, wie z. B. in Nicaragua, unter aktiver Mitwirkung der vormaligen revolutionären Helden, führten zu einem krisenhaften Motivationsverlust. Alte Themen nahmen neue Form an. Elemente der Kritik an der Modernisierungstheorie verknüpften sich, reichhaltig empirisch gesättigt und verbunden mit ökologischen Problemlagen, mit Zweifeln am linearen Fortschrittsmodell. An die Stelle einer Rhetorik der nachholenden Entwicklung trat nun die von nachhaltiger Entwicklung, ohne dass sich je ein konturiertes Entwicklungsmodell herausbildete. Die Renaissance der Modernisierungstheorie mit ihrem Wachstums- und *trickle down*-Wohlfahrtsversprechen legte sich autoritativ und erdrückend über jeden, auch ihren eigenen, Widerspruch. Das alte Gerechtigkeitsthema wurde in den Dimensionen von Inklusion und Exklusion definiert und zunehmend mit Sicherheitsrelevanz ausgestattet.

In dieser Situation wurden erstmals selbstreflexive Studien zur Situation von Solidaritätsbewegung und Dritte-Welt-Gruppen initiiert (Weckel, Ramming 1997) und systematischere Überlegungen zu »der Verknappung der Ressource Solidarität« (Gabriel u. a. 1995: 10) angestellt, v. a. aber auch über die der neuen Lage angemessene Ausdrucksformen von Solidarität (Köbler, Melber 1993; 2002).

Globalisierungskritik

Nach dem Ende des Kalten Krieges und dem offenen Eingeständnis, bislang vorwiegend geostrategisch gelenkt gewesen zu sein und fragwürdige Regime unterstützt zu haben, musste Entwicklungspolitik sich neu begründen. Die Umorientierung fand in Kontext neo-liberaler Parameter statt. Der radikal auf Marktkräfte setzende Washington-Konsens prägte Entwicklungsstrategien und Selbstentwurf der Entwicklungsagenturen. Der Kunde trat an die Stelle des Staatsbürgers. Kundenorientierung, Unternehmensleitbild und Umsatzzahlen avancierten zu Erfolgsindikatoren (Wolfensohn 1997). Unter dem Eindruck der zunehmenden Anzahl fragiler bzw. zerfallender Staaten wurden mit Hilfe des Griiffs zur Institutionen-

ökonomie staatliche Strukturen und Leistungen, nun als Teil einer globalen Sicherheitsarchitektur verstanden, wieder ein Stück aufgewertet.

Die BRD ihrerseits reagierte mit einander in rascher Abfolge ablösenden, unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. 1998 legte sie eine Programmatik globaler Strukturpolitik vor, die, im Dienste gerechterer Entwicklungschancen weit über den bislang dominierenden Fokus auf Projekte, Entwicklung blockierende oder konterkarierende Sektorpolitiken ins Visier zu nehmen versprach. Im Jahr 2000 führte das BMZ nach Wachstumspotential, nicht nach Bedarfslagen ausgewählte Schwerpunkt- und Partnerländer ein, deren »systemische Wettbewerbsfähigkeit« es zu fördern gilt. Mit den Millenniumsentwicklungszielen wurde absolute Armut systemimmanenter Armutsminderung überantwortet. 2004 wurde mit der Einführung von Ankerländern die Konzentration auf Länder »mit wirtschaftlichem Gewicht und politischem Einfluss« (BMZ 2004: 5) noch verstärkt. Begleitet ist diese Entwicklung von einem doppelten Diskurs: der Sicherheit und der Solidarität.

Die sich nach 1989 formierende globalisierungskritische Bewegung kommt aus ganz unterschiedlichen thematischen und sozialen Bereichen. Die mit Nord-Süd-Fokus arbeitenden Gruppen sind nur ein Teil von ihr und bei weitem nicht der größte. Gemeinsam ist ihnen allen die Kritik an den Grundzügen neoliberaler Politik mit ihrer Betonung marktförmiger Prozesse, mit Sozialabbau und Demontage demokratischer Gestaltungsmöglichkeiten des Gemeinwohls und dem absoluten Vorrang des *shareholder value*. Ein verbindendes Element ist auch, dass die Erfahrungen mit dieser Politik, die zunächst mit der Strukturanpassung in vollem Umfang nur die Entwicklungsländer zu treffen schienen, in rasanter Geschwindigkeit die Länder des Ostens und auch die des Nordens selber erreichen. Die Theoretisierungen dieser Erfahrungen seitens des Südens werden in wachsendem Maße auch für den Norden relevant. Lokale Interventionen situieren sich argumentativ in globalen Kontexten. Solidarität äußert sich nun in globalem Denken und in der Bereitschaft, sich auf globale Lernprozesse und Allianzen einzulassen.

Inhaltlich gibt es sehr unterschiedliche Strömungen, die von diversen Schattierungen von Linkspositionen bis zu postmodern inspiriertem Denken reichen. Das thematische Spektrum ist breit gestreut und umfasst Umwelt und Natur, Feminismus und Frauenpolitik, Menschenrechte, Arbeitsrechte, soziale Entwicklung, Gesundheit, Landwirtschaft, Technikfolgen, Finanzmärkte u. v. m. Der Fortschritt von Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglicht internationale Vernetzungen von großer Intensität und hoher Reaktionsgeschwindigkeit. Daneben stehen neue, oft lange Vorbereitung erfordernde Aktionsformen, wie z. B. die Weltsozialforen oder die Begleitaktionen zu den G7/G8-Treffen, die von oft spannungsreichen Bündnissen ins Werk gesetzt werden. Mittlerweile haben die vielfältigen internationalen Kontakte so etwas wie einen globalisierungskritischen Jetset hervorgebracht.

Das Verbindende sind zunächst einmal Themen und gemeinsame, auf der Basis grober Verständigungen über Vorstellungen von Gerechtigkeit und gesellschaftli-

cher Teilhabe erarbeitete Grundpositionen. Diese basieren mehr oder weniger explizit auf Begriffen von Menschenwürde und Menschenrechten. Sie zielen auf globale Umverteilung, auf die Internalisierung der ökologischen und sozialen Kosten der konzerngesteuerten Globalisierung und auf über einen anderen Umgang mit Natur hergestellte Generationengerechtigkeit.

Ein spezifischer Länderbezug tritt ein Stück zurück hinter einer Bandbreite von Themen, die unter Verweis auf einzelne Länder illustriert werden. In dieser Perspektive werden gemeinsame Kampagnen durchgeführt und längerfristige, thematisch gebündelte Partnerschafts- und Bündnisbeziehungen aufgebaut, die durchaus verschiedene Praxisfelder miteinander verknüpfen. Öffentlichkeitswirksame Protestaktionen sind ebenso Teil des Handlungsrepertoires wie der Versuch, durch diskrete, hoch professionelle Lobbypolitik Gehör und Einfluss bei staatlichen wie nicht-staatlichen Akteuren zu erlangen. Eine beachtliche Anzahl von mit anerkannter Expertise ausgestatteten *Advocacy* Organisationen praktiziert einen Spagat zwischen aktivierender globaler Verknüpfung von lokalen Gruppen und Verfertigung wissenschaftlich fundierter Studien für Selbstqualifizierung wie öffentlichen Konsum.

Ausblick

Die Mehrzahl der globalisierungskritischen Gruppen und Organisationen sieht sich als Teil einer globalen Zivilgesellschaft und versteht ihre Handlungsstrategien als dem Postulat grenzüberschreitender Solidarität verpflichtete zivilgesellschaftliche Mehrebenenpolitik. Aber, so beobachten manche, es fehlt ein wesentliches Element: »Solidarität – nicht nur auf der Ebene begrifflicher Auseinandersetzung, sondern eben auch unverzichtbar auf jener des ›Gefühls‹ und endlich auch der Praxis – ist eine drängende Aufgabe bei der Formulierung zukunftsorientierter Perspektiven geblieben« (Köbler, Melber 2002: 149 f.).

Die globale Zivilgesellschaft im Allgemeinen und ihre globalisierungskritischen Kräfte im Besonderen sind mittlerweile Gegenstand der Forschung zu sozialen Bewegungen, internationalen Beziehungen, Entwicklung und Global Governance. Ihr ist eine eigene Zeitschrift mit angesehenen AutorInnen – *Global Civil Society* – gewidmet, deren Beiträge im Internet abrufbar sind. Das Themenspektrum der Forschungen und Erörterungen zur globalen Zivilgesellschaft streut weit: Formen der internationalen Zusammenarbeit, Spannungen zwischen Nord- und Süd-NGOs, Zielkonflikte bei der Kooperation mit Regierungen, Funktion von NGOs in Global Governance und Mehrebenensystemen, Verstrickung in globale Machtgefüge, Koalitionsbildungen, Finanzierung, NGO als globale demokratische Legitimationsressource oder Demokratieersatz, Probleme interner Demokratie und Transparenz, Mobilisierungsbedingungen, Probleme zivilmilitärischer Zusammenarbeit u. v. m. Interessanterweise ergibt eine Durchsicht von

ca. einem Dutzend Publikationen der jüngeren NGO-Forschung, dass sie sich aller denkbaren Themen und Schwerpunkte annimmt, den Aspekt der internationalen Solidarität aber nicht für erwähnenswert hält. Insofern könnte die anlässlich des G8-Treffens 2007 geäußerte Aufforderung durchaus nicht überflüssig sein: »Wir – ChristInnen aus ganz verschiedenen Ländern der Erde, aber vor allem aus dem sog. ›Süden‹, wo sich die tödliche Logik der neoliberalen Globalisierung am deutlichsten zeigt, der aber zur Zeit auch ein Erstarren der Basisbewegungen, der Selbstorganisation und des Protests gegen diese Logik erlebt – wir fordern Euch auf: Seid solidarisch! Solidarisch mit der wachsenden Zahl von Menschen, die bei uns und bei Euch auf der Schattenseite stehen, die Arbeit, ihr Zuhause, ihre Gesundheit oder ihr Leben verlieren, weil sie für die Profitmaximierung überflüssig sind oder im Wege stehen« (G8-Aufruf).

Literatur

- Balsen, Werner; Rüssel, Karl (1986): Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik. Köln: Kölner Volksblatt Verlag.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2004): Ankerländer. Partner für globale Entwicklung. Ein Positionspapier des BMZ. <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/spezial/spezial116pdf.pdf> (letzter Aufruf: 15.12.2008).
- Deutsche Bischofskonferenz (2000): »Gerechter Friede«. www.dbk.de/gerechterfriede/ (letzter Aufruf: 15.12.2008).
- Duffield, Mark (2001): Global Governance and the New Wars. The Merging of Development and Security. London, New York: Zed Books.
- Escobar, Arturo (1995): Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World. Princeton: Princeton University Press.
- Frantz, Christiane; Klein, Ansgar; Robde, Markus; Willems, Ulrich (2004): Advokaten internationaler Solidarität. Zivilgesellschaftliche Organisationen in Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit, http://www.iisi.de/fileadmin/IISI/upload/papers/editorial_I_2005.pdf (letzter Aufruf: 15.12.2008).
- G8-Aufruf (2006) in: Rundbrief Nr. 26 des Institut für Theologie und Politik, S. 1 f.
- Gabriel, Karl; Keller, Sabine; Nuscheler, Franz; Treber, Monika (1995): Handeln in der Weltgesellschaft: Christliche Dritte Weltgruppen. Hrsg. von der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz: Bonn.
- Görlich, Christopher (2002): Die 68er in Berlin. Schauplätze und Ereignisse. Berlin: Kai Homilius Verlag.
- Kößler, Reinhart; Melber, Henning (1993): Chancen internationaler Zivilgesellschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Kößler, Reinhart; Melber, Henning (2002): Globale Solidarität? Eine Streitschrift. Frankfurt/Main: Brandes & Apsel.
- Martin, Marko (2006): »Alte Revolutionäre, neue Populisten. Gespräch mit Sergio Ramirez über Vergangenheit und Gegenwart Nicaraguas«. In: Kommune 4, S. 48-53.
- Menzel, Ulrich (1992): Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Müller, Johannes; Wallacher, Johannes (2001): Entwicklungszusammenarbeit im Zeitalter der Globalisierung. Argumente zwischen Eigeninteresse und Altruismus. <http://www.hfph.mwn.de/igp/res/EZBegruendung.pdf> (letzter Aufruf: 15.12.2008).
- Nederveen Pieterse, Jan (2001): Development Theory. Deconstructions/Reconstructions. London: Sage Publications.
- Sachs, Wolfgang (Hrsg.) (1992): Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik. Hamburg: Rowohlt (rororo Handbuch 6343).
- Weckel, Ludger; Ramming, Michael (1997): Dritte-Welt-Gruppen auf der Suche nach Solidarität. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Wolfensohn, James D. (1997): Wirtschaftspolitik und nachhaltige Entwicklung. Bonn: Deutsche Stiftung für Entwicklung.
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (Hrsg.) (2005): Fair Future. Ein Report des Wuppertal Instituts. München: C. H. Beck.